

Verwaltung:  
Magistratsstraße 9, Parterre  
Telefonnummern: 741, 742

Redaktion: Innsbruck,  
Andreas-Hofer-Straße Nr. 4

Herausgeber, Eigentümer,  
Drucker und Verleger:  
Verlagsanstalt Tyrolia A. G.  
Verantwortlicher Schriftleiter:  
Rudolf Spirek. Verantwortlich  
für den Anzeigenteil:  
Sigmund Berchtold, alle in  
Innsbruck

Heute  
Radioprogramm

# JZ

Verkaufspreis:  
10 Groschen

Erscheint täglich nachmittags  
1/4 Uhr, ausschließlich der  
Sonntags- und Feiertage

Einzelpreis: 10 g  
Jahres: Einzelnum. 50 Cent.  
Donnerstag-Ausgabe mit  
Beilage „Weltgut“ 30 g

Anzeigen-Aannahme in der  
Verwaltung sowie in allen  
Annoncenbüros des In- und  
Auslandes. Die entgeltl. An-  
kündigungen im redakt. Teile  
sind mit Nummern versehen

# Innsbrucker Zeitung

Samstag

11. Juli 1936

Nummer 156

## Wieviel Familien fallen unter den Familienschutz?

Innsbruck, 10. Juli.

Die Beamten des Stadtmagistrats sind nun damit beschäftigt, die Unterlagen für die Durchführung des vom Gemeindegtag grundsätzlich angenommenen Familienschutzes zu beschaffen. Es gilt nun vor allem die kinderreichen Familien festzustellen. Diese Arbeit dürfte etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen, sie wird von Beamten der Einwohnermeldestelle, gemeinsam mit Beamten des Meldeamtes der Bundespolizeidirektion durchgeführt und gestaltet sich sehr schwierig, da die Einwohner der Stadt in keiner der zur Verfügung stehenden Kartotheken familienweise geführt werden.

Eine ungefähre Uebersicht über die kinderreichen Familien der Stadt Innsbruck ergibt die letzte Einwohnermeldung. Von den Ehen, die nach dem Jahre 1890 geschlossen wurden, gibt es 470 Ehen mit 4 Kindern, 233 Ehen mit 5 Kindern, 82 Ehen mit 6 Kindern, 52 Ehen mit 7 Kindern, 19 Ehen mit 8 Kindern, 7 Ehen mit 9 Kindern und 11 Ehen mit 10 und mehr Kindern. Diese Ziffern bedürfen aber noch infolge einer Korrektur, als der Familienschutz nur Personen unter 21 Jahren als Kinder gelten läßt. Außerdem sind in diesen Ziffern die zweiten und dritten Ehen, die ein Familienerhalter einging, nicht enthalten. Es würden also rund 850 Familien unter den gedachten Familienschutz fallen.

Der Vorsitzende der Akademiker-Vereinigung hat folgendes Schreiben an den Gemeindegtag zu Händen des Bürgermeisters gerichtet: „Der Gemeindegtag der Landeshauptstadt Innsbruck hat in seiner Sitzung am 8. Juli 1936 eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der kinderreichen Familien beschlossen. Die Akademiker-Vereinigung von Tirol dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Bürgermeister, für diese anerkennenswerte und beispielgebende Tat und beglückwünscht den Gemeindegtag zu seiner in Oesterreich bisher einzig dastehenden Initiative auf diesem volkspolitisch so wichtigen Gebiete und dankt allen Herren, die sich in besonderer Weise dafür eingesetzt haben. Genehmigen Sie den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Dr. Hörhager.“

## Todessturz eines Hirtenbuben

Siens, 7. Juli.

Auf der sogenannten Göriacher Alpe im Rauzerthal, Gemeinde Prägraten, hüteten drei Kinder, der neunjährige Reinhold Kraker aus Bobojach mit dem dreizehnjährigen Franz Jesl und der zwölfjährigen Theresia Fercher Almvieh. Das schluchtartige und von zahlreichen Fällen unterbrochene Gerinne des Talbaches war noch von einer Schneedecke überwölbt, die von einer Lavine stammte. Um den Mithirten seine Furchtlosigkeit zu beweisen, sprang Kraker auf der Schneebürche herum und wagte sich auch auf das Schneegewölbe hinaus. Er hatte aber der Tragfläche zuviel zugemutet. Plötzlich brach die vom hohen Wasserlauf unterhöhlte Schneedecke ein und Kraker stürzte mitten in den tiefen und reißenden Talbach. An eine Rettung war nicht mehr zu denken. Die Leiche des Jungen konnte bis heute nicht geborgen werden und es ist sehr unsicher, wo man sie finden wird, da, wie bereits erwähnt, das Bachbett viel Wasser führt, schluchtartig ausgeschnitten ist und über viele Fälle geht.

## Entspannung der internationalen Lage?

Paris, 10. Juli. (Priv.)

Die Pariser Morgenpresse kündigt an, daß Reichskanzler Adolf Hitler am 29. d. eine bedeutungsvolle Erklärung über eine Wendung der Politik Deutschlands gegenüber Oesterreich abgeben wird.

„Oeuvre“ meint, Hitler werde die Unabhängigkeit Oesterreichs anerkennen und außerdem die Nichteinmischung in die österreichischen Angelegenheiten proklamieren.

„Matin“ bemerkt, daß die Erklärungen Hitlers sich auch auf die Habsburgerfrage beziehen werden.

## Italien, Frankreich, England nähern sich

London, 10. Juli. (Priv.)

Die englischen und französischen Zeitungen heben heute die Entspannung hervor, die durch die Zurückziehung der englischen Flotte aus dem Mittelmeer und die Aufhebung des Hilfsvertrages im Mittelmeer durch Frankreich entstanden ist. Die „Times“ weisen besonders darauf hin, daß die englische Mittelmeerpolitik das weitaus wichtigste Ereignis der letzten Zeit gewesen sei. Die Verminderung der Mittelmeerflotte lasse hoffen, daß die Vorbereitung der Konferenz von Brüssel erleichtert werde.

„Matin“ sagt, daß sich infolge dieser Schritte eine neue Lage ergebe. Italien werde auch seine Truppen

aus Libyen zurückziehen, so daß auch hiemit eine Annäherung an England eintrete. Maßgebende römische Stellen rechnen mit der Beteiligung Italiens an der Locarno-Konferenz.

## Die Meerengenfrage

Istanbul, 10. Juli. (Havas.)

Das Blatt „Schuhurijet“ veröffentlicht einen Artikel offiziöser Charakter über die Meerengen. Darin werden folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Die Türken müssen von nun an ohne Vorbehalt und Einschränkung souveräne Herren der Meerengen sein;

2. Die wesentlich moderne Türkei lehnt die Beschuldigung ab, daß sie ihre Tore dem Handel der zivilisierten Welt verschließen wolle;

3. Sie fordert auch, daß ihre aufrichtige Haltung in einer Formel verankert wird, die ihren Wert würdigt;

4. Wenn trotzdem irgend jemand willkürlich sich das Recht anmaßt, die Meerengen, die geheiligte Tore der Türkei sind, durchzuführen zu wollen, würde das heißen, die Frage der Meerengen endgültig zu lösen, denn das türkische Volk würde dann erklären, daß es aus dieser Tatsache das unbefreibbare Recht erhält, seine Tore zu schließen und sie nur jenen zu öffnen, denen sie zu öffnen ihm beliebt.

## Am den französischen Mittelstand

Paris, 10. Juli.

In der Kammer wird heute die von dem radikalen Abgeordneten und Bürgermeister von Reims, Marchandea, eingebrachte Interpellation über die Notlage des Mittelstandes zur Besprechung kommen. Man sieht der Debatte in hiesigen politischen Kreisen mit großem Interesse entgegen, weil die Regierung bereit sein soll, die Maßnahmen bekanntzugeben, die sie zu ergreifen gedenkt, um den kleinen Gewerbetreibenden und den Handeltreibenden die Last zu erleichtern, die ihnen durch die neue Sozialgesetzgebung aufgebürdet wurde.

## Französischer Rüstungskredit

Paris, 10. Juli. (Havas.)

Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Eröffnung von neuen Krediten im Betrage von 500 Millionen Francs für die nationale Verteidigung angenommen.

## Für ein Verbot der Schuherzeugung durch Manipulation

Wien, 10. Juli.

Seit einiger Zeit wird vom Schuhmachergewerbe und von der Schuhindustrie für ein Verbot der Erzeugung von Schuhwaren im Wege der sogenannten Manipulation eingetreten. Man versteht darunter eine der Erzeugung von Konfektionswaren durch Stückmeister ähnliche Form der Produktion, die darin besteht, daß Unternehmungen an Schuhmacher, aber auch an größere Erzeugungsbetriebe das notwendige Material liefern, die dann gegen sogenannte Manipulationslöhne die Schuhe fertigen. Hierdurch wird nämlich, wie das Schuhmachergewerbe und die Schuhindustrie feststellen, eine sehr scharfe Konkurrenz betrieben, die mit außerordentlich niedrigen Preisen arbeitet, zumal bei dieser Art von Schuherzeugung die Löhne sehr gedrückt sind. Da

sich zur Manipulationsarbeit nur wirtschaftlich schwächere Betriebe verstehen, die ihre Tätigkeit oft auch nicht anmelden, werden die in den normalen Betrieben üblichen öffentlichen Abgaben in zahlreichen Fällen nicht entrichtet, was die niedrigen Löhne verständlich macht. Auch der Gewerkschaftsbund hat sich die Forderung des Schuhmachergewerbes und der Schuhindustrie zu eigen gemacht und fordert aus sozialpolitischen Gründen gleichfalls ein Verbot dieser Manipulationsarbeit. Das Bundesministerium für Handel und Verkehr hat über diese wichtige Frage, die nicht nur gewerbetreibend, sondern auch wirtschaftspolitisch bedeutungsvoll ist, die Meinung der wirtschaftlichen Körperschaften eingeholt.

## Ein Gesetzentwurf gegen den Kautionschwindel

Wien, 10. Juli.

Um die Arbeitnehmer vor den immer wiederkehrenden Kautionschwindeleien aller Art wirksam zu schützen, ist vor kurzem der Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet worden, der bereits in einer Konferenz der Rechtsvertreter aller österreichischen Kammern für Arbeiter und Angestellte erörtert worden ist.

Den Anlaß zu dem Entwurf gaben zahlreiche Mißbräuche, die besonders im Gast- und Schankgewerbe festzustellen waren: unter allen möglichen Formen, als Darlehen, als Geschäftseinlage usw. nahmen die Dienstgeber von stellensuchenden Personen Geldbeträge entgegen, die nach Lösung des Dienstverhältnisses nur schwer oder gar nicht zurückgezahlt wurden. Der Entwurf will vor allem festlegen, daß Kautionen nur dort verlangt werden dürfen, wo sie wirklich begründet sind, also zum Beispiel bei der Bestellung eines Inkassanten, für dessen Tätigkeit eine Sicherstellung notwendig ist. Eine andere Forderung der Arbeitnehmer geht dahin, daß eigene Treuhandsstellen geschaffen werden, bei denen solche Kautionen zu erlegen wären, damit die Dienstgeber von der Entgegennahme und Verwahrung der Kautionen ausgeschlossen bleiben.